

€ 0,8

Solidaritätspreis: € 2,0

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1160 Wien, Wurlitzergasse 71/25, Kontakt: oesolkom@gmx.at

BAWAG UND ÖGB ENDE GUT, ALLES GUT?

Die Bawag ist verkauft. Die handelnden Personen von der ÖGB- und SPO-Spitze bis zu noch Finanzminister Grasser, Ex-Finanzminister Androsch oder Nationalbankpräsident Liebscher und natürlich die neuen Eigentümer rund um dem US-Fonds „Cerberus“ des Ex-US-Finanzministers John Snow mit Wüstenrot, Generali und Post im Schlepptau, war der Bawag-Verkauf ein „Muster an Professionalität“.

Und so billig kann das Glück sein: „Sollte am Ende ein Euro übrig bleiben, dann sind wir glücklich“, so ÖGB-Präsident Hundstorfer in der „Presse“ zum Bawag-Verkauf im Hinblick auf den ÖGB. Und wer den Schaden hat, hat auch noch den Spott. So kommentierte der „Kurier“ etwa zum Bawag-Verkauf im Hinblick auf den ÖGB: „Die dümmsten Bauern haben die größten Kartoffel“. Denn wie sagt der neue Eigentümer: „Wir bezahlen das gerne“, was ja nur bedeuten kann, dass der bezahlte Preis ein Klax zu dem ist, was man sich durch den Bawag-Kauf ausrechnet.

Tatsächlich ist mit der Bawag-PSK eine gut gehende Bank, gespeist von den Beiträgen der 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, mit einem österreichweit seinesgleichen suchenden Filialnetz an den US-Finanzhai

„Cerberus“ verkauft worden. Ohne tatsächlicher Garantie für Bank oder Arbeitsplätze. Der viel zitierte „Österreich-Bezug“ besteht darin, dass die selbst teils oder hauptsächlich in ausländischem Besitz befindliche Wüstenrot und Generali oder die bereits teilprivatisierte Post und vor allem der Ex-Leider-Nein-Millionär, Ex-Finanzminister Androsch, mit von der Partie sind, bzw. Bawag-Generaldirektor Nowotny bis auf weiteres ein solcher bleibendarfundvor allem die Bawag-Beschäftigten brav und ohne zu murren weiter arbeiten und die 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder weiterhin brav einzahlen – und kuschen sollen. Denn in „ihrer“ ehemaligen Bank haben sie nichts zu sagen und jetzt will auch der ÖGB nichts mehr zu sagen haben.

Nichts zu sagen

Und tatsächlich verhält der sich nun auch gegenüber den Unternehmern und gegenüber dem internationalen Finanzkapital ganz handzahm. Gegenüber Kapitalisten also, die weltweit und in Österreich die Leute ausnehmen, es mit Arbeits- bzw. Gewerkschaftsrechten (siehe zuletzt Sonntagsöffnungen, oder die fast schon übliche Nichtbezahlung gesetzlich zu-

stehender Überstunden usw. usf.) ganz und gar nicht genau nehmen. Solch ein Finanzhai ist „Cerberus“ und wird nun von Nowotny über Hundstorfer bis Androsch als Wächter der Gewerkschaftsgelder und der Bawag-Arbeitsplätze hofiert. Widerlich – und gefährlich.

Und da finden sich im Käufer-Boot um den Bawag-Deal alle wieder auf Kosten der arbeitenden Menschen: die waschechten „Erb- bzw. Emporkömmlings-Kapitalisten“ und die durch Stimmen der arbeitenden Menschen bei Wahlen hochge- und verkommenen „roten“ Kapitalisten. Und was ist mit den im Bawag-Skandal verwickelten Personen und Institutionen – Elsner, Flöttl, Taus, Weninger, Verzetnitsch usw. Ende gut alles gut?

Wie schon in früheren Nummern unserer Zeitung ausgeführt, haben die Kapitalisten nun nicht nur eine der wichtigsten Banken Österreichs in ihrer Hand, sondern auch den ÖGB noch stärker als früher unter Kuratel gestellt. Denn fortgesetzt und nach dem Bawag-Skandal sogar intensiver denn je, sieht man ein Anbiedere an die Interessen der Wirtschaft, was verschleiern gerne „Sozialpartnerschaft“ genannt wird. Wer die katastrophalen Auswirkungen dieses Kuschelkurses sehen will, der sei auf das „Sozialpartnerschafts“-Papier an die künftige Regierung mit dem Titel „Wachstum und

Vollbeschäftigung“ verwiesen (zu finden auf der ÖGB-Homepage (www.oegb.at), wo den Unternehmern noch mehr Flexibilisierung im Bereich Arbeitszeit und Lohn- bzw. Gehaltsgestaltung, sprich für uns Einkommensverluste usw., „für den Wirtschaftsstandort Österreich“ und vieles anders mehr zugestanden wird. Das heißt, für das Dabeisein von AK und ÖGB am Tisch von Politik, Wirtschaftskammer und Industrie, sind „unsere“ Vertreter bereit, auf unsere Kostener Unternehmenseite unsere in der Vergangenheit erkämpften Rechte Stück um Stück zu opfern.

WAS WIR BRAUCHEN

Was bleibt: die über 80 Jahrzehnte aus Gewerkschafts-Mitgliedsbeiträgen aufgebaute Bawag ist weg, mit dem Geld der kleinen Leute machen jetzt nicht mehr die Gewerkschaftsböden, sondern die Heuschreckenkapitalisten ihren Profit. Bei der jetzigen ÖGB-„Reform“ soll vor allem bei ÖGB-Mitarbeitern und in der Betreuung vor Ort gespart werden, während die Einkommen der SpitzenfunktionärInnen und die undurchsichtigen Bestelungs- und Delegierungsmechanismen praktisch nicht angetastet werden sollen. Was wir arbeitende Menschen brauchen sind wirklich neue Gewerkschaften mit Urabstimmung, Wahl der FunktionärInnen durch die Mitglieder, wie ja auch BetriebsrätInnen von den Belegschaften gewählt werden, keine bezahlten Doppelfunktionen, ein durchschnittliches FacharbeiterInnengehalt als Einkommen. Vor allem aber brauchen wir eine echte Orientierung an den Interessen der arbeitenden Menschen in Taten statt in Worten. Der jetzige ÖGB-

„neu“ sieht schon vor dem Start so alt aus wie zuvor. So wie es aussieht, werden wir uns selbst darum kümmern müssen, selbständig und miteinander. Das braucht

Zeit und Gemeinsamkeit! Mitglieder, BelegschaftsvertreterInnen und alle ehrlichen GewerkschaftsfunktionärInnen sind dazu aufgerufen und eingeladen.

Die Reichen werden reicher!

Das gesamte **Privatvermögen** aller Österreicher/innen (Geld, Immobilien, Beteiligungen) beträgt derzeit (2006) geschätzt ca. 1.000 Mrd. €.

Dieses Vermögen ist auf wenige Menschen konzentriert – die reichsten 1% der Bevölkerung haben mehr Anteil (340 Mrd.) am Gesamtvermögen als die untersten 90% (317 Mrd.). Von den reichsten 1% besitzt ein Reicher/ eine Reiche durchschnittlich 5,4 Mio. €.

Umgekehrt: Ein Mensch wird als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihm weniger als € 848,- (60 % des Medianeinkommens, netto inkl. aller Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe etc.; Wert für 2004) monatlich zur Verfügung stehen. Das sind 1.030.000 Menschen oder 13,2 % der Bevölkerung Österreichs!

Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind fast die Hälfte (46 %) auch erwerbstätig. Das Haushaltseinkommen von 8 % der Erwerbstätigen liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle (= working poor). Das sind ca. 250.000 Menschen!

Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet auch heute noch eine akute Gefahr, arm zu werden. Im Durchschnitt ist in Österreich jede/jeder vierte Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin (rund 800.000 Menschen) einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen.

Armutsgefährdungsschwelle

le 2004 € 848,00 (12 x/Jahr)
€ 726,85 (14 x/Jahr)

Durchschnittliche Notstandshilfe Frauen (25-45 Jahre)
2004 € 641,70 (12 x/Jahr)

Max. Pensionsvorschuss 2006 (IP/BUP) € 792,00 (12 x/Jahr)

Kinderbetreuungsgeld 2006 € 435,90 (12 x/Jahr)

Ausgleichszulage 2006 € 690,00 (14 x/Jahr)

Der österreichische Sozialstaat erfüllt eine wichtige Funktion: Ohne Sozialtransfers wären statt 13,2 % sogar 42 % der Bevölkerung Österreichs armutsgefährdet. Trotzdem liegen zahlreiche Sozialleistungen unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Spitzenverdiener/innen in Ö., Beträge in Mio. € (jährlich)

Andreas Treichl, Erste Bank 4,5

Elisabeth Bleyleben-Koren, Erste Bank 1,9

Reinhard Ortner, Erste Bank 1,5

Franz Hochstrasser, Erste Bank 1,5

Wolfgang Reithofer, Wienerberger 1,2

Helmut Draxler, RHI 1,2

Erich Hampel, BA-BA 1,15

Wolfgang Eder, voest 1,1

Erwin Erasim, Erste Bank 1,0

Wolfgang Leitner, Andritz 1,0

Um so viel zu verdienen wie der Generaldirektor der „Erste Bank“, Andreas Treichl, in einem Jahr auf sein Gehaltskonto bekommt, müsste eine mittelverdienende Arbeiterin 293,5

Jahre arbeiten.

In über 2.800 Privatstiftungen ist ein Vermögen von schätzungsweise 50 Mrd. € steuerschonend geparkt. Die Steuerersparnis beträgt über 500 Mio. € jährlich.

Die Lohnsteuer (+68%) wuchs seit 1992 dreimal schneller als die Gewinnsteuern (+24%)

Aufkommen 2005:

Lohnsteuer der Arbeitnehmer/innen und Pensionist/innen 16,9 Mrd. €

Umsatzsteuer der Konsument/innen 19,4 Mrd. €

Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaften 4,4 Mrd. €

Einkommenssteuer der Selbstständigen 2,5 Mrd. €

Entwicklung der Gewinne von 31 ATX Unternehmen an der Wiener Börse (Gewinn vor Steuern)

2001: 1.948 Millionen €

2002: 2.673 Millionen €

2003: 3.809 Millionen €

2004: 5.708 Millionen €

2005: 8.531 Millionen €

160.000 Österreicherinnen und Österreicher haben keine Krankenversicherung!

540.000 Menschen beziehen ein Pflegegeld. Gab es da nicht einen Pflegenotstand vor den Wahlen? Was ist daraus geworden? Wer hilft den Betroffenen? Das einzige was hier für die Zukunft angeboten wird, ist auch hier die sogenannte „private Vorsorge“, wobei die Privatversicherer bereits kranke oder von Krankheits- und Unfallfolgen Betroffene von solch einer privaten Pflegeversicherung ausschließen.

Auszüge aus: Leseheft 1 - Armut; OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung www.armutskonferenz.at (Zusammengestellt bzw. ergänzt von proSV)



Wahl-Nachlese: Belastungsvorschau

Die Wahlbeteiligung ist gesunken, die Nichtwähler sind angestiegen. Alle Parteien haben verloren.

Besonders die beiden „Großen“, ÖVP und SPÖ, die ÖVP um rund 50.000 Stimmen mehr. Die ÖVP und ihr Grasser sowie das BZÖ wollen nicht einsehen, dass sie nicht mehr Regierung sind und bleiben weiter im Amt. Und was ist aus dem nach den Wahlen in den Medien erfundenen, als künftigen „Volkskanzler“ propagierten Gusenbauer in nur einigen Wochen geworden?

„Sozialfighter statt Eurofighter“, oder „Abschaffung der Studiengebühr“, oder „Grundsicherung“ - das waren die Wahlschlager der SPÖ. Die Rücknahme des Pensionsraubes hatte man gleich gar nicht gefordert. Doch nach rund zwei Monaten Koalitionsverhandlungen, Unterbrechung, Weiterverhandeln scheint von den SPÖ-Versprechen bald kein einziges übrig zu bleiben. Wie heißt es im Verhandlungsüberkommen zwischen SPÖ und ÖVP: „Jede zukünftige Zusammenarbeit kann nur „auf dem bereits Erreichten aufbauen. Die Geschichte erlaubt kein Zurückdrehen des Rades.“ Weil das „bereits Erreichte“ so aussieht wie es aussieht, deswegen wurde die ÖVP abgewählt. Und die SPÖ will dieser Politik das Leben verlängern?

Man biedert sich in vorauseilendem Gehorsam der Wirtschaft an. Während in den letzten 10 Jahren nach offizieller Statistik die Spitzeneinkommen im Schnitt (für die Top-Manager haben sie sich

um die Hälfte erhöht) um 5 % anstiegen, verlor das unterste Fünftel der Einkommensbezieher real 17 % ihres Einkommens. Und was wird als Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust gepriesen?

Keine Wertschöpfungsbesteuerung zuungunsten der Reichen, keine gerechtere Einkommensverteilung usw. Nein, man möge, so der von der SPÖ forcierte Vorschlag vom Wifo (Wirtschaftsforschungsinstitut) für mehr Arbeitsplätze, doch bei der Sozialversicherungspflicht der Firmen die Geringfügigkeitsgrenze von dzt. 333 Euro im Monat (darunter zahlen sie nichts für einen mit diesem Betrag Beschäftigten) auf ca. 1.000 Euro stufenweise anheben. Das würde die Hemmschwelle der Unternehmer, Leute einzustellen, herabsetzen. Tatsächlich wird das die Hemmschwelle der Unternehmer senken, teurere Arbeitskräfte gegen billigere auszutauschen. Dann gibt es vielleicht mehr Menschen in Arbeit, aber mit weniger Geld in der Tasche. Und die Sozialversicherung bekommt weniger bis keinen Arbeitgeberbeitrag bis 1.000 Euro pro Beschäftigten. Das wird das Defizit der Kassen erhöhen und dann heißt es sicher wieder: mehr Selbstbehalte - was wieder die kleinen Leute trifft. Das heißt, am Ende zahlen sich diejenigen, die vielleicht so zu einem Job kommen, über höhere Sozialversicherungsbeiträge/Selbstbehalte ihren Arbeitsplatz selber.

Oder die Wifo-Vorschläge für die Arbeitslosen: Jeder Arbeitslose soll in Zukunft auch schlechter bezahlte Jobs annehmen müssen.

Wer sich selbst mehr bemüht, soll eine Prämie bekommen, soll Schulungen erhalten usw. Wer sich nicht bemüht, d.h. nicht selbst schnell einen Arbeitsplatz findet (wozu eigentlich gibt es das AMS?), der muss eben auf Dauer mit einem schlechter bezahlten Job als zuvor auskommen müssen. Auch hier: Lohndruck. Ob es mehr oder weniger Jobs gibt, hängt ja nicht von den Arbeitssuchenden ab. Vielleicht schaffen ein paar die Prämie, der Rest wird in Billigjobs unterkommen müssen, denn die werden ja (siehe obigen ersten Wifo-Vorschlag) dann in Zukunft noch mehr angeboten werden. So entpuppt sich das von der SPÖ protegierte – und vielleicht auch „koalitionsfähige“ Wifo-Programm „gegen die Arbeitslosigkeit“ als sozial kaschiertes Lohnraub- und Sozialabbauprogramm.

Das ist nach dem Geschmack der Unternehmer und ihrer ÖVP. Deshalb ist auch Gusenbauer dafür, um nur ja Kanzler zu werden, statt seine Wahlversprechen einzuhalten. Dabei wäre die Umsetzung des Wählerwillens gar nicht so schwer. Das Parlament ist gewählt. Wenn es noch keine Regierung gibt, dann könnte doch die „Sozialpartei“ SPÖ Anträge einbringen zu all dem, was sie vor den Wahlen den Menschen versprochen hat. Dann würde sich zeigen, wer dafür, wer dagegen ist. Aber so weit lässt es die SPÖ gar nicht kommen, sie bringt kaum etwas im Parlament ein, das heißt, die SPÖ ist selbst gegen ihre eigenen Wahlversprechen. Und sie ist der ÖVP zu Willen, die verlangt hat, keine Abstimmung gegen sie durchzuführen, solange verhandelt wird.

Ausnahmen sind (mehr

gedrängt als selbst gewollt) der Eurofighter- und der Banken-Untersuchungsausschuss. Und dazwischen zeigt sich, wie überhaupt unser Parlamentarismus funktioniert, und wem das als „Salz der Demokratie“ gepriesene „Wechselspiel der Kräfte“ und Parteien dient. Da wurde im Parlament bereits mehrheitlich gegen die noch immer im Amt befindliche alte Regierung eine Aufforderung beschlossen, den Eurofighterkauf zu stornieren. Doch das hatte – „demokratisches Spiel“ Regierung/Opposition, Parlamentsmehrheit/Minderheit hin oder her – bisher keine Konsequenzen: weder bei der noch im Amt befindlichen Regierung, noch bei den SPÖ-VP-Koalitionsverhandlungen, noch bei der grünen oder – sonst besonders vollmundigen – blauen Opposition.

Also tatsächlich ein Spiel, aber ein undemokratisches Vorgehen, auf dem Rücken der Menschen: Militär- und Wirtschaftsinteressen sind den Damen und Herren Abgeordneten da offensichtlich wichtiger als der Wählerwille.

Oder der Bankenausschuss: Kaum installiert, wetteifern SPÖ und ÖVP um die nervös gewordenen Banken, Industriellen usw., damit das „Bankgeheimnis“ gewahrt bleibt. Selbst ÖGB-Chef Hundstorfer wird aufgeboten, den Bankenausschuss als nicht dienlich zu bezeichnen. Wirklich ein Pech für die Herren und Damen Großkopferten, dass die Wähler erst zwei Monate her sind, und die Parteien am 30. Oktober (Beschluss der Untersuchungsausschüsse) noch nicht wissen konnten, ob es bald Neuwahlen gibt oder nicht, also sie alle

(außer der unmittelbar als regierungsverantwortlich betroffenen ÖVP und dem BZÖ) so tun mussten, als würden sie echt aufklären wollen. In Wirklichkeit geht es darum, dass nichts ans Licht der Öffentlichkeit kommen darf, was die milliarden schwere Geschäftemacherei im Dunkeln stören würde. Bei der „roten“ Bawag mag das „Aufdecken“ gerade noch angehen, aber bald wird die Bawag auch in klassische Unternehmer- bzw. Spekulantenhände kommen, da kann man das nicht brauchen. Und schon gar nicht bei den schwarzen Kernfinanzhais wie Raiffeisen usw. – na bitte, da hört sich der Spaß auf ... Also soll man nur die sog. Finanzmarktaufsicht (FMA), die die Machinationen nicht verhindern konnte oder wollte, „prüfen“. Und siehe da, die soll(te) auch von einer Prüfung ausgenommen werden

... Vielleicht wird soviel rauskommen, dass die SPÖ einen Finanzminister Grassler verhindern kann. Etwas anderes, wirkliche Enthüllung und Unterbindung des für „Normalsterbliche“ unvorstellbaren Geschäftemachens und Gewinnescheffeln auf Kosten der arbeitenden Menschen, das wollen nicht die SPÖ, nicht die Grünen und schon gar nicht die Schwarzen, Blauen/Braunen/Orangen. Kapital behüte!

Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Wir danken all unseren AbonnenntInnen und SpenderInnen und sind auch weiterhin auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir wünschen all unseren LeserInnen alles Gute für 2007.

Abfangjäger

Die SPÖ hat vor den Wahlen versprochen, sie würde, wenn sie an die Macht komme, aus dem Eurofightergeschäft aussteigen, weil es zu teuer sei.

Die Gesamtkosten der Eurofighter von ca. 6 Milliarden Euro würden z.B. ausreichen, um 50 Jahre lang die Kosten der Studiengebühren zu bestreiten. Eine Flugstunde des Eurofighters kostet soviel wie die durchschnittliche Jahrespension einer Frau! Doch es geht um viel mehr! Diese Kosten sind erst der Anfang. Denn der Ankauf der Eurofighter ist Ausdruck einer geplanten weiteren „Militarisierung der österreichischen Politik“ mit weit reichenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen für unser Land!

WIR SOLLEN ZAHLEN

Für die Teilnahme unseres Landes an der neuerdings auf Kriegsführen ausgerichteten Politik der EU sollen wir zahlen. Dafür sollen wir auch noch massiven Sozialabbau und Demokratieabbau hinnehmen. Schüssel und Co versuchen uns weiszumachen, dass wir die Eurofighter zur Verteidigung der Neutralität brauchen, **Gusenbauer** will, so sagt er, billigere Flieger suchen und behauptet ebenfalls, sie seien zur Verteidigung der Neutralität da. Welche Lügen. Beide Großparteien haben seit 10 Jahren die Neutralität schrittweise ausgehöhlt. Sie haben schon 1998 mit dem Beschluss des neutralitätswidrigen Kriegsermächtigungsgesetzes

einen glatten Bruch der österreichischen Bundesverfassung begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UN-Mandat zugestimmt. Sie haben im Juni 2005 die neue EU-Verfassung durchs Parlament gepeitscht, - **alle** Parteien haben zugestimmt -, die u.a. besagt, dass in der EU die ständige Aufrüstungspflicht in den Verfassungsrang erhoben wird. Ein eigenes **EU-Rüstungsamt** sogar mit Regierungsbefugnis sollte das durchsetzen, sowie die Kriegswaffenindustrie fördern. Das wäre das EU-Amt für den militärisch-industriellen Komplex! Weiters sieht die EU-Verfassung für ihre Mitglieder eine militärische Beistandsverpflichtung mit der Ermächtigung zu weltweiten Kriegseinsätzen vor. Unsere Regierung hat zugesagt, dass Österreich an den neuen EU-Schlachttruppen (**battle groups**) teilnimmt, „das sind kampffähige Einheiten die Krieg führen müssen“ (Oberöstr. Nachrichten 18.11.2004). All das war ein klarer Bruch des Staatsvertrages bzw. unserer Verfassung. Die EU-Verfassung konnte durch die Ablehnung in Frankreich und Holland vorläufig verhindert werden. Doch ihr Inhalt ist keineswegs vom Tisch. Im Gegenteil:

EU PLANT AUFRÜSTUNG

Die EU arbeitet, trotz der Ablehnung der EU-Verfassung, weiter an der Entwicklung und Aufrüstung ihrer Militärunion, an der offensiven Euro-Armee, vorerst in Form der EU-Schlachttruppen, einer

schnellen Eingreiftruppe. Um den gescheiterten EU-Vertrag (= EU-Verfassung) doch noch in Kraft zu setzen, wird die Übernahme zentraler Elemente in bereits bestehende Staaten abkommen erwogen, so könnte man ein neues Referendum vermeiden. Darunter fällt die zentrale Steuerung von Rüstungsmaßnahmen, deren Umfang nun von einer europäischen Rüstungsagentur vorgeschrieben und den EU-Mitgliedern zur Realisierung angeordnet wird. Die Beschaffung der Kriegsgüter ist für jedes Mitglied verpflichtend. Ein riesiges Geschäft für die europäischen Rüstungskonzerne.

Schon 1990 sagte der französische General M. Fennesbresque, die EU müsse ein Waffenpotential vergleichbar den USA aufbauen. **Auch das Wieder-Erstarken der Atomkonzerne in der EU steht in engem Zusammenhang mit den Plänen zur Herausbildung einer EU-Atomwaffenmacht**

Die neue Interventionsarmee der EU wird zum Kriegseinsatz im Umkreis von 4.000 km rund um die EU in der Lage sein. Und die Mitglieder sollen Beistandspflicht haben, eben auch das neutrale Österreich!

Es geht den EU-Großmächten um den Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA. Für den militärisch-industriellen Komplex in Europa bietet sich dadurch die Möglichkeit zu immer

größeren Profiten. Allein Deutschlands Rüstungsprofite haben sich z.B. von 2002 auf 2003 auf 1,3 Milliarden vervierfacht. Und das gesamte Militärbudget aller EU-Länder ist schon ca. knapp die Hälfte des Militärbudgets der USA.

Wenn es nach Österreichs Herrschenden geht, soll unser Land voll in dieses neue EU-Militärbündnis werden und dadurch unsere Neutralität ausgelöscht werden. Unter dem Vorwand, uns in ein sog. europäisches Sicherheitssystem zu integrieren, unter dem Vorwand sich gegen Terror, für Freiheit und Frieden in Krisengebieten einzusetzen, sollen wir wieder für fremde Großmachtinteressen marschieren.

Doch da in Österreich weiterhin, trotz aller Überholtheitserklärungen durch die Politiker, 80 % der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität sind, geben sich derzeit Schüssel und Gusenbauer als Neutralitätsfans aus, um uns so die Abfangjäger schmackhaft zu machen.

Die Eurofighter haben nicht das Geringste mit der Verteidigung der Neutralität zu tun. Der Eurofighter ist der Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Unverdächtiger Zeuge dafür ist der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres Günter Höfler. Er sagte, dass die Eurofighter dazu dienen, für „Kampfeinsätze im europäischen Verbund“ mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. Die schnellen Eingreif-

truppen der offensiven Euroarmee werden schon formiert, Verteidigungsminister Platter hat schon erklärt, dass Österreichs Truppe mitmacht!

LANDESVERRAT

Das ist Landesverrat (Verfassungsbruch), lautet doch der Artikel 2 des Neutralitätsgesetzes:

„Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen Militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen“.

Doch wenn es nach den Machtplänen der europäischen Konzerne und Militärs und unseren Herrschenden geht, werden wir wieder in neue Kriege hineingezogen. Die USA, ökonomisch gegenüber der EU im Hintertreffen, betreibt, unter dem Vorwand den Völkern Freiheit, Demokratie und Terrorbekämpfung zu bringen, ihre aggressive Weltherrschaftspolitik immer mehr mit militärischen Mitteln. Sie überziehen die Welt mit ihren Kriegen, sei es in Afghanistan, sei es im Irak und interveniert vor allem im Mittleren Osten und in Zentralasien. Es besteht die Gefahr, dass sie unsere Welt in Flammen setzt. Die EU-Konzerne machen einerseits mit den Amerikanern bei diesen imperialistischen Raubzügen mit und versuchen andererseits der USA nun auch militärisch Paroli zu bieten, um ihre Märkte zu sichern und auszubauen. Diese Abenteuer um der Profite willen, machen Europa nicht sicherer, im Gegenteil, sie gefährden auch unser Land. Bleibt unser Land nicht neutral, werden wir bei diesen Kriegen mitmachen.

Gerade in Zeiten wie diesen ist die Neutralität nicht überholt. Im Gegenteil sie wird wichtiger denn je!

NEUTRALITÄT ALS CHANCE

Keine Panzer durch Österreich, kein Überfliegen unseres Landes durch Kriegsflugzeuge, keine fremden Truppen zu Truppenübungen in unserem Land!

Unsere Neutralität (und unser Atom-NEIN) sind gerade in dieser immer kriegerischer werdenden Welt die Chance für unser Land: Die Erhaltung bzw. Verteidigung der Neutralität sowie die Kooperation Österreichs mit anderen Neutralen ist ein Beitrag zum Frieden in Europa. Wenn wir mitmarschieren, werden wir selbst zur Zielscheibe.

Nicht die Eingliederung in die EU der Konzerne und der Militärs, nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und Teilnahme an Kriegen, sondern Souveränität und aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zu Sicherheit und zu Frieden!

(aus: „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ Nr. 4/2006)



proSV - Plattform
Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung

Nächster Treffpunkt: Februar 2007

Anmeldung und genauer
Termin + Ort unter <http://prosv.akis.at> bzw. per E-Mail:
prosv@akis.at bzw. Tel.: 0650
830 7 830 ab Mitte Jänner 2007.

Ausverkauf pur

Die abgewählte Regierung hat zur so genannten Budgetsanierung, zur Erreichung ihres angeblichen „Nulldefizits“ 100 Tonnen Gold aus den Währungsreserven der Österreichischen Nationalbank im Wert von neun Milliarden Euro und die Staatsanteile an den gewinnbringenden ÖIAG-Beteiligungen, wie z.B. Voestalpine, VA-Tech, Böhler Uddeholm, Post, Telekom, usw., verkauft. Wem sie damit finanziert hat ist klar, nicht die Masse der arbeitenden Menschen, die heute weniger hat als vor 7 Jahren. Wahrlich, es waren gute 7 Jahre für's Kapital. Deswegen auch die unverbrüchliche Treue der Industriellenvereinigung zu „ihrem“ Finanzminister mit Homepage usw. Aber die Liste des Ausverkaufes begann nicht erst unter Schwarz-Blau, sondern hatte spätestens schon seit Mitte der 1980er Jahre unter SPÖVP-Koalitionen stattgefunden.

Was wurde uns dan nicht alles versprochen. Arbeitsplatzsicherheit und Wachstum. Beides findet nachdem Ausverkauf – wenn überhaupt – meistens an den neuen ausländischen Standorten statt. Und am eigenen Standort kommen immer mehr Leasing- und Teilzeitkräfte zum Einsatz. Das Gerede von österreichischen Kernaktionären, Mitarbeiterbeteiligungen usw. als Gegengewicht entpuppte sich in der Regel als Beruhigungsspiel. Denn das Sagen haben die Mehrheitseigentümer, und das sind eben nicht mehr die öffentliche Hand, und schon gar nicht die Mitarbeiter.

Die müssen in der Regel noch einen Teil ihres Lohnes dafür opfern, dass sie „Miteigentümer“ ohne echte Rechte sind. Vorläufig letztes Beispiel dazu lieferte die Post-Teilprivatisierung. Oder wie gerade jetzt im Zuge des BAWAG-Ausverkaufes gerade der „Leider-Nein-Millionär“ Hannes Androsch als „Garant“ dafür hingestellt wird, dass es weiter einen „Österreich-Bezug“ gibt. Was bleibt: die über 80 Jahrzehnte aus Gewerkschafts-Mitgliedsbeiträgen aufgebaute BAWAG ist weg. Man kann sich also darauf verlassen, dass den jetzt im Zuge der Regierungsverhandlungen seitens der SPÖ gesprochenen Worte, „kein weiterer Ausverkauf“ k e i n e entsprechenden Taten folgen werden.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Scnierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 5,- (Solidaritätspreis € 10,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

89/06

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Wurlitzergasse 71/25
1160 Wien

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Wurlitzergasse 71/25, 1160 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.
Verlagspostamt 1170 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Pensionisten- schicksal?

In den vergangenen Jahren hat es eine massive Verschlechterung des Lebensstandards für PensionistInnen gegeben. Pensionistinnen und Pensionisten, die im Jahr 2000 eine monatliche Pension von 800 Euro bezogen hatten - das entspricht in etwa der Medianpension -, kommen 2006 auf 860,66 Euro. Davon bleiben netto 818,06 Euro übrig.

Um die Kaufkraft aus dem Jahr 2000 zu behalten, müsste sie aber 879,08 Euro betragen. Hochgerechnet auf ein Jahr, verliert der/die Betroffene real 854,28 Euro, also fast einen Monatspension.

LESERBRIEF

Eurofighter und Neutralität und die ÖVP

Die ÖVP argumentiert, dass das Neutralitätsgesetz Österreich dazu verpflichte, Eurofighter zu kaufen. Es war allerdings Kanzler Schüssel, der in seiner Rede am Nationalfeiertag 2001 sagte: „Die alten Schablonen - Lipizzaner, Mozartkugeln oder Neutralität - greifen in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr.“ Das war zwei Wochen nachdem die Regierung das erste Angebot für diese „Luftraumüberwachungsflugzeuge“ einholte. Um eine Verteidigung der Neutralität mit den Eurofightern kann es der ÖVP also wohl nicht gehen.

H.G., Wien